

Pressemitteilung

ZIA drängt auf Lösung für Wiedereröffnung des Einzelhandels

- **Differenzierung zwischen kleinen und großen Läden ist fachlich falsch**
- **Situation für viele Händler nicht mehr tragbar**

Berlin, 14.04.2020 – Am Mittwoch wird zwischen Bund und Ländern über das weitere Vorgehen in der Corona-Krise beraten. Hierbei sollen ein realistischer Zeitplan und ein fachlich untermauertes Maßnahmenpaket zur schrittweisen Normalisierung und erhöhten Kontrollier- und Planbarkeit für alle beschlossen werden. Dies fordert auch die aktuelle Studie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Der Zentrale Immobilien Ausschuss ZIA, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, sieht hierbei insbesondere Potential für den Einzelhandel.

„Einzelhändler und Betreiber von Einzelhandelsimmobilien übernehmen in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung“, sagt Iris Schöberl, Vorsitzende des ZIA-Ausschusses Handel. „Wir stehen bereit, gemeinsam mit der Politik und Branchenverbänden entsprechende Schutzmaßnahmen zu diskutieren und zu erarbeiten. Hierzu zählen beispielsweise die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln, Masken und Plexiglasscheiben als Spuckschutz an den Kassen. Wir brauchen hier unbedingt eine deutschlandweit einheitliche, abgestimmte Vorgehensweise und keinen Flickenteppich an unterschiedlichen Maßnahmen.“ Schöberl widerspricht zudem der Theorie von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, kleine Läden könnten besser als große Geschäfte einer Ansammlung von Menschen begegnen: „Je größer die Fläche desto einfacher können die Hygieneregeln eingehalten werden – zumal größere Geschäfte mehr Aufsichtspersonal haben.“

Umsatzverlust von 1,5 Milliarden Euro pro Tag

„Die Situation ist für viele Einzelhändler nicht mehr länger tragbar – viele Handelsunternehmen müssen schließen“, so Schöberl. Aktuellen Berechnungen zufolge liegen die verlorenen Umsätze pro Tag bei rund 1,5 Milliarden Euro trotz e-commerce. Mehrere Einzelhandelsketten stünden bereits unter dem Insolvenzschutzschirm oder hätten Insolvenz angemeldet. Infolge ausbleibender Mietzahlungen sei zudem die Liquidität von Vermietern gefährdet – bei rund 120 Milliarden Euro Gewerbemieten in Deutschland sei damit eine bedeutsame volkswirtschaftliche Leistung bedroht. „Für die Innenstädte sind dies alarmierende Signale“, so Schöberl. „Das Sterben von Geschäften wird sich durch Corona noch weiter beschleunigen, wenn wir hier nicht gegensteuern.“ Eine Wiedereröffnung nur bestimmter Geschäfte wie in Österreich sei jedoch kontraproduktiv. „Hier ballen sich dann die Menschenmengen“, prognostiziert Schöberl. „Daher gilt: Je mehr Geschäfte gleichzeitig wieder öffnen können, umso mehr Platz steht für die Konsumenten zur Verfügung.“

Politische Unterstützung notwendig

Für die Attraktivität der Innenstädte sei vor allem auch ein funktionierender Modehandel entscheidend. Dieser müsse nach Wiedereröffnung sehr schnell die eingegangene Frühjahrs- und Sommermode ab verkaufen. Die dazu erforderlichen Rabatte werden die Ertragssituation der Unternehmen zusätzlich belasten, weshalb der stationäre Handel dringend flankierende Unterstützung durch die Politik benötigt. Nach einer weiteren Stabilisierung der Lage könnten zusätzliche verkaufsoffene Sonntage, insbesondere in der Vorweihnachtszeit, dazu beitragen, einen Teil der Umsatzverluste zu kompensieren. Zudem führe dies zu einer Entzerrung der Besucherverteilung.

„Wir müssen uns bei allen Schutzmaßnahmen darüber bewusst sein, dass wir nach der Wiedereröffnung nicht ansatzweise das normale Umsatzniveau erreichen werden – dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der dann wieder höheren Betriebsausgaben gesagt“, so Schöberl. „Die Menschen werden erst wieder mit Freude einkaufen, wenn sie glauben, dass die Krise vorbei ist. Das wird eine Zeit dauern.“

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

André Hentz

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 21 585 23

E-Mail: andre.hentz@zia-deutschland.de

Internet: www.zia-deutschland.de